

## Dimas auch im dritten Anlauf nicht zum Präsidenten gewählt

*Nachdem Präsidentschaftskandidat Stavros Dimas auch im dritten Wahlgang die nötige Mehrheit im Parlament verfehlt hat, wird erneut über einen möglichen Austritt Griechenlands aus der Eurozone diskutiert.*



Quelle: Reuters.de

Der von Premierminister Antonis Samaras unterstützte Präsidentschaftskandidat Stavros Dimas erreichte am vergangenen Montag nicht die nötige Mehrheit im griechischen Parlament. Im dritten Wahlgang stimmten 168 Abgeordnete für Dimas, 180 wären für eine Mehrheit nötig gewesen. Gemäß der griechischen Verfassung werden die Neuwahlen am 25. Januar abgehalten.

Die vorgezogenen Wahlen vom 29. Dezember hatten das Ziel, die fragile, von der Nea Dimokratia (Neue Demokratie, ND) angeführte Regierungskoalition zu stabilisieren und so international zu signalisieren, dass der aktuelle Sparkurs der Regierung auch in Zukunft fortgesetzt wird. Der ehemalige EU-Kommissar für Umweltpolitik, Stavros Dimas, konnte bereits in den ersten Wahlgängen nicht genug Stimmen auf sich vereinigen. Premierminister Samaras hoffte jedoch, unabhängige Abgeordnete mit der Aussicht auf eine mögliche Regierungsbeteiligung auf die Seite des Präsidentschaftskandidaten ziehen zu können.

Umfragen sehen nun die von Alexis Tsipras angeführte linkspopulistische Syriza-Partei vor der ND, obwohl sich der Abstand zwischen beiden Parteien in letzter Zeit wieder etwas verringert hat. Tsipras gilt als Gegner der Sparpolitik der letzten Jahre und setzt daher auf die Neuverhandlung der derzeitigen EU-Auflagen. Außerdem möchte Tsipras die Steuerlast für die griechische Bevölkerung senken und sich für die Wiederherstellung des früheren Rentensystems einsetzen. Die Aussicht auf eine mögliche Konfrontation zwischen einer von der Syriza-Partei angeführten griechischen Regierung und ihren wichtigsten Gläubigern, der Europäischen Zentralbank (EZB) und dem Internationalen Währungsfonds (IWF), besorgte viele Anleger und führte in Griechenland zu deutlichen Kurseinbrüchen unmittelbar nach der gescheiterten Präsidentschaftswahl. An der Athener Börse brachen die Aktienkurse um über 10% ein, die Zinsen auf zehnjährige griechische Staatsanleihen stiegen um 1,2% auf über 10%.

## Wochenüberblick

### Mo, 29.12.2014

Am Montag teilte das russische Wirtschaftsministerium mit, dass die russische Wirtschaft im Vergleich zu November 2013 um 0,5% geschrumpft ist. Vor allem wird die schwache Entwicklung im Dienstleistungs- und im Agrarsektor für den ersten Rückgang des BIP seit fünf Jahren verantwortlich gemacht.

### Di, 30.12.2014

Der venezolanische Präsident, Nicolas Maduro, sieht in den USA den Hauptverantwortlichen für den fallenden Ölpreis. Am vergangenen Mittwoch kritisierte er die USA scharf. Die Welt befände sich inmitten eines "Öl-Krieges", der "gegen Venezuela gerichtet" sei und "Russland zerstören" solle. In der Vergangenheit hat der venezolanische Staat großzügige Sozialprogramme aus den Einnahmen des Erdöl-Exports finanziert. Trotz des fallenden Ölpreises kündigte die Regierung 2014 an, diese auch in Zukunft weiterführen zu wollen.

### Mi, 31.12.2014

Der Vorsitzende des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR), Christoph Schmidt, sagte am Mittwoch, dass es für die deutsche Wirtschaft im nächsten Jahr "etwas besser laufen könnte, als (vom SVR) erwartet wurde". Noch im November hatte der SVR für 2015 ein vergleichsweise niedriges Wachstum von 1% prognostiziert. Grund hierfür war die schleppende Erholung der europäischen Wirtschaft und die in den Augen des Sachverständigenrates verfehlte Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik der Bundesregierung. Die Zahlen des dritten Quartals zeigten jedoch, dass die deutsche Wirtschaft "in einem guten Zustand" sei. Zusätzlich wirke sich der niedrige Ölpreis positiv auf die Wirtschaft aus.

### Do, 01.01.2015

Am Donnerstag ist die von Russland angeführte Eurasische Wirtschaftsunion in Kraft getreten. Sie umfasst neben Russland außerdem die beiden Ex-Sowjetrepubliken Weißrussland und Kasachstan. Innerhalb dieses Wirtschaftsraums soll der freie Verkehr von Waren, Dienstleistungen, Kapital und Arbeitskräften ermöglicht werden. Experten sehen in der Errichtung des Wirtschaftsraums den Versuch Russlands, ein ökonomisches Gegengewicht zur EU zu etablieren.

Am Montag machte Finanzminister Schäuble deutlich, dass es "schwierig" werde, "wenn Griechenland einen anderen Weg einschlägt". Internationale Beobachter fürchten nun, dass Griechenland bei einer Konfrontation mit der EZB und dem IWF den Euro trotz erster positiver Signale aus der Wirtschaft verlassen könnte. Sogar einen Austritt Griechenlands aus der EU halten viele nicht mehr für ausgeschlossen.

Trotz der mit einem solchen Austritt verbundenen Risiken erhält die Syriza-Partei viel Zuspruch von der Bevölkerung, denn obwohl die griechische Wirtschaft im vergangenen Jahr um 0,6% bis 0,8% gewachsen sein dürfte und das Haushaltsdefizit erheblich reduziert werden konnte, leiden die Griechen nach wie vor enorm unter den Folgen der Schuldenkrise. Die New York Times verglich die Situation Griechenlands kürzlich sogar mit der Amerikas während der fünf Jahre andauernden Weltwirtschaftskrise in den 30er Jahren des letzten Jahrhunderts. Die Langzeitarbeitslosigkeit ist in Griechenland deutlich weiter verbreitet als in anderen EU-Ländern und fast 40% der Bevölkerung droht in naher Zukunft in die Armut abzurutschen. Ungeachtet der Erholung des Euroraums kommt die wichtige Tourismusindustrie nicht in Schwung und könnte in Zukunft weiter an Attraktivität verlieren. Grund hierfür ist der Mangel an Investitionen in die Infrastruktur, auch in die bei ausländischen Touristen beliebten Ferienorte.

Nach der gescheiterten Präsidentschaftswahl in Griechenland blieben Kurseinbrüche in anderen europäischen Ländern weitestgehend aus. Zwar gab der DAX am 29. Dezember leicht um 0,8% nach und die Zinsen auf italienische und spanische Staatsanleihen stiegen geringfügig an, doch halten Experten die finanziellen Folgen eines Austritts Griechenlands aus dem Euro heute für deutlich besser beherrschbar als noch vor wenigen Jahren. Andere Krisenländer wie Spanien befinden sich in einer Phase der wirtschaftlichen Erholung und auch die Zinsen auf italienische zehnjährige Staatsanleihen liegen bei nur 1,98%. Außerdem sind nun mit der EZB und dem IWF die wichtigsten Gläubiger Griechenlands bekannt. Für Anleger ist daher im Gegensatz zu früheren Krisen klar ersichtlich, wer die Hauptlast tragen müsste, falls Griechenland seine Schulden nicht bedienen kann.

Dennoch warnen Skeptiker davor, dass der Austritt Griechenlands aus der Eurozone das Vertrauen von Anlegern in die Zukunft der Währungsunion erschüttern und damit den Druck auf andere Länder erhöhen würde.

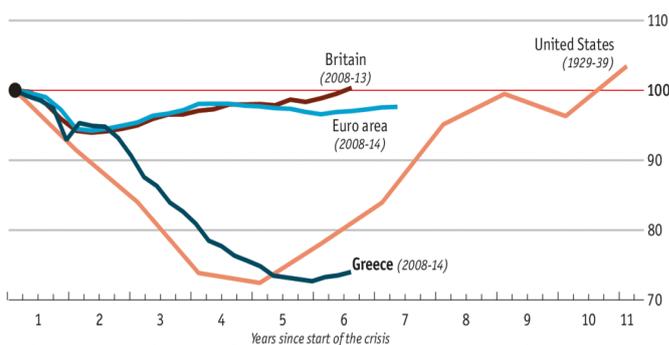


Abbildung: Entwicklung des griechischen BIP seit dem Ausbruch der Wirtschaftskrise im Vergleich zu anderen Ländern. 100 = BIP bei Ausbruch der Krise.

Quelle: economist.com

**Fr, 02.01.2015**

Der Präsident der EZB, Mario Draghi, sieht die Preisstabilität in der Eurozone gefährdet. Am Freitag warnte Draghi, dass das Risiko, dass die EZB ihr Mandat der Preisstabilität nicht erfüllen höher sei als vor sechs Monaten. Im nächsten Jahr könne es sogar vorübergehend zur Deflation kommen. Das Risiko sei vor allem dann hoch, wenn "die Leute auf weiter sinkende Preise setzen und ihre Ausgaben verschieben". "Notwendige zusätzliche Maßnahmen" behalte sich die EZB daher vor. Diese Maßnahmen könnten den von der Deutschen Bundesbank kritisierten Aufkauf von Staatsanleihen umfassen.

**Fr, 02.01.2015**

Wie am Freitag bekannt wurde, hat sich der Automarkt im vergangenen Jahr in den Euro-Ländern sehr unterschiedlich entwickelt. Während die Neuzulassungen in Frankreich mit einem Zuwachs von 0,3% im Vergleich zum Jahr 2013 deutlich hinter den Erwartungen (+2%) zurückblieben, betrug der Zuwachs in Spanien 18,4%. Dieser enorme Anstieg ist zum einen mit der wirtschaftlichen Erholung Spaniens zu erklären, andererseits haben umfangreiche Anreize der Regierung zu dem steigenden Absatz beigetragen. Besonders der Kauf schadstoffarmer Fahrzeuge wurde von der Regierung unterstützt.

**Fr, 02.01.2015**

Wie aus einer neu veröffentlichten Studie des Beratungsunternehmens Ernst&Young hervorgeht, sind die Gewinne vieler deutscher Großunternehmen im vergangenen Jahr gestiegen. Besonders hohe Gewinne wurden in der Automobilbranche erzielt. Gewinneinbrüche verzeichneten hingegen die deutschen Energieversorger. Laut der Studie sei die Beschäftigung in deutschen Großunternehmen "auf einem sehr hohen Niveau". Für die Zukunft würden die Ukraine-Krise und die langsame Erholung der europäischen Wirtschaft jedoch ein zunehmendes Risiko darstellen.